



Henning Langenheilm,
Dachau 1987: Gras,
aus dem Memorials-Projekt,
s/w - Photographie,
30 x 37,5 cm

Die Förderung der regionalen Gedenkstättenarbeit in Niedersachsen: Entwicklung seit 1991

von Angelika Bütter

Seit 1991 fördert das Land Niedersachsen die **regionale Gedenkstättenarbeit**. Die Einrichtung eines Gedenkstättenfonds geht auf eine **einstimmige** Entschließung des Landtages vom April 1990 zurück. Diese Entschließung verfolgte das Ziel, zusätzlich zu der Betreuung der Staatlichen Gedenkstätten Bergen-Belsen und der im gleichen Monat eröffneten Mahn- und Gedenkstätte NS-Justiz und Todesstrafe in der JVA Wolfenbüttel die Aufklärung von NS-Verbrechen

und die Erinnerung an Verfolgung und Widerstand im Nationalsozialismus durch örtliche Initiativen und regionale Gedenkstätten zu unterstützen. Mit derselben Entschließung wurde die Einrichtung eines Zentralschwerpunktes gefordert, der Hinweise auf Archivalien und Literatur über Verfolgung und Widerstand im Nationalsozialismus auf dem Gebiet Niedersachsens erfassen und Betroffene, Forschung und Gedenkstätteninitiativen unterstützen soll.

Der Gedanke, der in meinen Augen dahinter steht, ist einleuchtend: Verfolgung und

Ermordung unschuldiger Menschen während der NS-Zeit hat nicht nur an wenigen Orten, in den Konzentrationslagern, und fernab, in Majdanek, Treblinka oder Auschwitz, und nicht nur durch unbekannte Täter stattgefunden. Überall wurden während des Dritten Reiches Menschen aus rassistischen, religiösen oder politischen Gründen gedemütigt, gequält oder ermordet. Viele Menschen haben es gewußt, dazu beigetragen oder es zumindest stillschweigend geduldet. Manche haben versucht, Widerstand gegen den Terror zu leisten, Verfolgte vor dem Tode zu retten.



Mit der Förderung der regionalen Gedenkstättenarbeit wird diese „Spurensuche“ vor Ort unterstützt. Ein in der Regel mühsamer und konfliktträchtiger Weg, weil man gegen die Verdrängung der eigenen Anteile an der Geschichte ankämpfen muß. Viele Menschen, denen es am liebsten wäre, alles geriete in Vergessenheit und niemand rührte mehr daran, werden durch bohrende Fragen „Was geschah damals in unserem Dorf, unserem Betrieb, unserer Kirchengemeinde“ mit diesem Teil der Geschichte und ganz persönlich mit einem Kapitel ihres Lebens konfrontiert. Menschen bekommen Gelegenheit und Mut, manchmal erstmals ihre Erfahrungen während der NS-Zeit zu äußern. Aber auch die Nachkriegsgeneration, insbesondere Jugendliche, bekommen durch die Auseinandersetzung mit der eigenen lokalen Geschichte einen Zugang zum Nationalsozialismus, den sie ja nicht selbst erlebt hat.

Es sind deshalb mitnichten finanzielle Gründe, weshalb mit Hilfe des Gedenkstättenfonds grundsätzlich nur eine Anschub- bzw. anteilige Finanzierung geleistet wird, sozusagen ein Stein ins Wasser geworfen wird, der Kreise zieht. Kommunen, Verbände, Kirchen sollen ermutigt und ermuntert werden, aktive Erinnerungsarbeit in die kommunale Kulturarbeit zu integrieren.

Es geht um Aufklärung und Dokumentation der NS-Geschichte und um die Erinnerung an die Opfer und den Widerstand. Es geht aber auch um Schlußfolgerungen für die Gegenwart. Der Nationalsozialismus ist 1933 weder vom Himmel gefallen, noch ist er 1945 spurlos vom Erdboden verschwunden. Der Nationalsozialismus hatte lange Zeit eine Massenbasis und konnte m. E. nur wegen zu schwach ausgeprägter demokratischer Traditionen und Kultur an die Macht gelangen. Es geht für mich auch um die Strukturen in Gesellschaft und Politik, die dieses ermöglicht haben und die - auch wenn sich Geschichte nicht einfach wiederholt - nie wieder einen derartigen Einfluß gewinnen dürfen. Aktive Erinnerungsarbeit soll zur Auseinandersetzung mit der Gegenwart befähigen, Zivilcourage wecken,

Engagement für die Gestaltung einer demokratischen, die Menschenrechte wahrenden Gesellschaft stärken.

Ich will im folgenden darstellen, wie sich die **Förderung in den letzten fünf Jahren** konkret entwickelt hat. Ich habe dafür - sehr vereinfachend - vier Kategorien oder Schwerpunkte gebildet:

1. Regionale Gedenkstätten
2. Regionale Initiativen
3. Opfergruppen
4. Überregionale Initiativen

Den ersten Förderschwerpunkt bildet der **Aufbau und die Betreuung folgender regionaler Gedenkstätten**:

Das 1993 neu eröffnete **Dokumentations- und Informationszentrum Emslandlager** erinnert an die **Verfolgung aus politischen Gründen**.

Die **Mahn- und Gedenkstätte Moringen**, die 1993 eingeweiht wurde, hat im letzten Jahr die Arbeiten aufgenommen, das Thema **Jugend-KZ um Ausstellungen zum Frauen- und Männer-KZ Moringen** zu ergänzen.

Die seit April 1994 bestehende **Gedenkstätte Salzgitter-Drütte**, die einzige KZ-Gedenkstätte auf aktivem Betriebsgelände, widmet sich dem Thema **Zwangsarbeit** und dem Programm „Vernichtung durch Arbeit“.

In **Sandbostel** soll eine vierte regionale Gedenkstätte entstehen, die sich mit dem Schicksal v.a. sowjetischer **Kriegsgefangener** befaßt. Trotz der Unterstützung des Landes, z.B. für die Vorbereitung einer Dauerausstellung, konnte dieses Ziel bislang nicht erreicht werden, da kommunale Gebietskörperschaften und andere gesellschaftliche Verbände bislang hierzu keinen oder keinen relevanten Beitrag leisten wollen.

In die Arbeit dieser regionalen Gedenkstätten sind in den letzten Jahren etwa ¾ der

Mittel des Gedenkstättenfonds, mehr als 1,5 Mio. DM geflossen. Gefördert worden sind damit zum einen deren **Aufbau**, u.a. die Errichtung des DIZ und der Umbau des Torhauses in Moringen sowie die Ausstellungen in Papenburg, Moringen und Salzgitter-Drütte. Der zweite größere Komplex umfaßt die **Betreuung** der Gedenkstätten Papenburg (seit Februar 1994), Moringen (seit Mai 1994) und Drütte (seit Januar 1995). Zusätzlich wurden **pädagogische Materialien** für den Besuch der Gedenkstätte sowie **Treffen ehemaliger Häftlinge** u.ä. Initiativen gefördert. In Sandbostel konzentriert sich die Förderung im wesentlichen auf die Erarbeitung einer Wanderausstellung „Kriegsgefangenenlager“ und in diesem Jahr auf die Aufarbeitung von Archivalien mit dem Ziel, die Konzeption einer Dauerausstellung zu entwickeln.

Es ist auch im bundesrepublikanischen Vergleich sehr bemerkenswert, daß diese drei regionalen Gedenkstätten in den letzten Jahren eröffnet wurden und sich bereits nach relativ kurzer Zeit etabliert haben. Alle Gedenkstätten verzeichnen wachsende Besucherzahlen. Ohne die Situation schön reden zu wollen, ist die Akzeptanz dieser Gedenkstätten deutlich gestiegen. Sicherlich hat dazu auch die Unterstützung des Landes beigetragen. Im wesentlichen ist es jedoch zurückzuführen auf die sehr engagierte, beharrliche Basisarbeit, die hier jahrelang geleistet worden ist, und die anerkanntermaßen qualifizierte und kompetente Arbeit, die Kurt Buck, Uschi Gerecht und Elke Zacharias neben vielen, vielen Ehrenamtlichen hier leisten.

Das Resümee wäre besser, wenn nicht in Sandbostel bislang alle Bemühungen um die Errichtung einer Gedenkstätte an der Haltung kommunaler Gremien und Verbände scheiterten.

Beim zweiten Schwerpunkt der Förderung von **regionalen Projekten** dominieren zwei Themen: die Geschichte der Juden und der Zwangsarbeit. Dies v.a. in Form von Publikationen und/oder Ausstellungen.



Darüber hinaus gibt es thematisch drei größere Projekte: das Ausstellungsprojekt des Museumsvereins Wustrow „Jugend im Dritten Reich im Landkreis Lüchow-Dannenberg“ und die Internationalen Jugendworkcamps des Landesjugendringes. Das dritte Projekt des Museums Hösseringen hat ein für ein Flächenland wie Niedersachsen sicher sehr interessantes Thema gewählt, nämlich „Nationalsozialismus auf dem Lande“, bei dem u.a. die Ausgrenzung von Juden aus dem Landhandel und der Einsatz von ausländischen Arbeitskräften in der Landwirtschaft untersucht und für eine Ausstellung aufbereitet wird.

Geographisch gesehen gibt es eine relativ breite Streuung: von Initiativen aus dem Emsland bis nach Lüchow-Dannenberg, von Cuxhaven bis nach Göttingen. Es gibt eine interessante Themenpalette, allerdings mit starker Konzentration auf die Themen Zwangsarbeit und jüdische Geschichte.

Der dritte Schwerpunkt, den ich ausgemacht habe, ist die - überregionale - Arbeit mit und für **Opfergruppen**. An erster Stelle nennen möchte ich hier die Unterstützung des Landes für den Landesverband der **Sinti** bei seinem Bemühen, das Schicksal dieser aus rassischen Gründen verfolgten Ethnie dem Vergessen zu entreißen. Ich denke dabei an die Gedenkveranstaltung anlässlich des 50. Jahrestages der Auflösung des „Zigeunerlagers“ in Auschwitz im August 1993 in der Gedenkstätte Bergen-Belsen und die Dokumentation der dort gehaltenen Ansprachen in der Broschüre „Ihre Stimmen haben zum Himmel geschrien“.¹

Sichtbares Zeichen der größeren Aufmerksamkeit für diese lange Zeit „vergessenen Opfer“ des Nationalsozialismus war m.E. auch die Ansprache, die der niedersächsi-

sche Verbandsvorsitzende auf Einladung des Landesverbandes und des Zentralrates der Juden am 26.4.95 anlässlich des 50. Jahrestages der Befreiung der Konzentrationslager im NDR-Funkhaus in Hannover gehalten hat. Es ist nach meiner Beobachtung sehr viel selbstverständlicher geworden, daß Sinti bei Veranstaltungen jüdischer Organisationen auftreten und umgekehrt jüdische Verbandsvertreter bei Veranstaltungen der Sinti, z.B. bei der Einweihung eines Gedenksteines für die deportierten Sinti in Hannover im März diesen Jahres.

Last but not least will ich die Broschüre „Es war unmenschenmöglich“ mit Zeitzeugeninterviews verfolgter Sinti und die ABM-Maßnahme über die Verfolgungsgeschichte der Sinti in Ostniedersachsen, die mit Landesmitteln gefördert werden, nennen.

Eine weitere Gruppe, die nach wie vor große Probleme hat, öffentliche Aufmerksamkeit für ihr Verfolgungsschicksal zu erlangen, sind die **Homosexuellen**. Hier möchte ich zwei Initiativen hervorheben, die dieses vernachlässigte Feld beackern: die von Rainer Hoffschmidt erarbeitete Ausstellung und Publikation „Olivia“ über die Verfolgung Schwuler in Hannover. In Vorbereitung ist eine weitere Publikation, die sich mit KZ-Haft und Todesfällen von Homosexuellen in Niedersachsen während der NS-Zeit befaßt.

Das Thema **Frauen** haben Prof. Füllberg-Stollberg von der Universität Hannover und seine MitstreiterInnen in der Publikation und der Ausstellung über Frauen in den KZ Bergen-Belsen und Ravensbrück aufgearbeitet, die in Bergen-Belsen und anderen niedersächsischen Orten zu sehen war.

Eine einzige Publikation beschäftigt sich mit der Verfolgung von **Behinderten**: eine Dokumentation der Rotenburger Anstalten über Sterilisation.

Damit komme ich zum vierten und letzten Schwerpunkt: den **überregionalen Initiativen**. Erwähnen will ich zuerst den Kongreß, den die VVN 1994 zur „Zukunft der Ge-

denkstätten“ ausgerichtet hat. Unter die überregionalen Initiativen subsumiere ich die vom Land publizierten Ausstellungen/Broschüren „Spurensuche“ und „Die Erinnerung vor Ort sichern“, die die Arbeit der Initiativen und Gedenkstätten in Bonn und zahlreichen niedersächsischen Orten vorgestellt haben. Ebenfalls dazu zähle ich das jährlich stattfindende Seminar, daß sich zu einer ständigen Einrichtung entwickeln soll, um Diskussionsforum zu sein und durch Verbesserung der Kommunikationsstrukturen zur Vernetzung der Initiativen im Gedenkstättenbereich beizutragen.²

Alles in allem eine durchaus beachtliche Bilanz der letzten fünf Jahre.

Wie geht es weiter?

Der Etat, der für die regionale Gedenkstättenförderung durch das Land Niedersachsen bereitgestellt wird, ist seit 1991 stabil und wurde sogar angehoben: 1991-1993: jeweils 400.000 DM, 1994: 495.200 DM, 1995: 450.000 DM, 1996: 500.000 DM. Für 1997/98 sollen nach dem Vorschlag der Landesregierung jeweils 450.000 DM etatisiert werden.

Mit einem Etatansatz in der genannten Höhe dürfte es möglich sein, sowohl die Betreuung der regionalen Gedenkstätten und ihren weiteren Aufbau wie auch die vielfältige Initiativenarbeit in Niedersachsen zu unterstützen. Insofern ist die Bilanz gleichzeitig auch Perspektive, wobei die künftigen inhaltlichen Schwerpunkte selbstverständlich stark von den Arbeitsschwerpunkten der Initiativen vor Ort geprägt werden.

(Angelika Büter ist Referatsleiterin im Niedersächsischen Kultusministerium und für die Förderung der Gedenkstättenarbeit zuständig.)

¹ Beide Projekte sind nicht aus Mitteln zur Förderung der regionalen Gedenkstättenarbeit finanziert worden, sondern aus dem Verfügungsfonds der Landesregierung bzw. der Pressestelle des Ministeriums für Bundes- und Europaangelegenheiten und der Staatskanzlei.

² Diese Maßnahmen wurden überwiegend nicht aus dem „Gedenkstättenfonds“ finanziert, sondern aus anderen Landestöpfen.